Artikel auf t-online vom 19.12.2025 von Peter Riesbeck:

Milliardenhilfe für die Ukraine: Daran ist der Merz-Plan in Brüssel gescheitert:

Merz' Vorstoß für die Ukraine fällt durch. Macron und Meloni zögern und verbuchen einen stillen Erfolg. Plan B zum Merz-Plan ist langfristig für sie viel attraktiver.

Belgiens Regierungschef Bart De Wever fasste die Beratungen so zusammen: "Die Ukraine hat gewonnen, Europa hat gewonnen, die finanzielle Stabilität hat gewonnen", sagte er. Das klang vergleichsweise zurückhaltend.

Die heimische Presse war da mit ihrem Urteil schon eindeutiger: "Premier De Wever triumphiert", titelte die belgische Zeitung "De Morgen" und war sich noch in einer anderen Analyse ziemlich sicher. "Der Verlierer muss Deutschland sein", so die Zeitung.

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) sah das etwas anders. "Wir stellen uns entschlossen der größten sicherheitspolitischen Bedrohung Europas entgegen. Das ist die Aggression Russlands, die längst den Angriffskrieg gegen die Ukraine übersteigt", sagte Merz. Seine Zuversicht konnte aber eines nicht verschleiern: Sein ursprünglicher Plan, eingefrorenes russisches Staatsvermögen in der EU als Kredit an die Ukraine durchzureichen, kam auf dem EU-Gipfel nicht durch. Zu groß war der Widerstand. Nicht nur aus Belgien, sondern überraschend auch aus Italien und Frankreich. Die Kritik aus Ungarn, der Slowakei und Tschechien war ohnehin absehbar.

Bart De Wever: Proeuropäischer Widerstand

Bart De Wever ist erst seit Februar als belgischer Regierungschef im Amt. Noch vor wenigen Wochen drohte seine Regierung an einem Sparpaket über zehn Milliarden Euro zu scheitern. Nun feiert ihn nicht nur seine Heimat Flandern, sondern auch die Wallonie: "Er hat bekommen, was er wollte", registrierte die frankofone belgische Zeitung "Le Soir". Und der flämische "De Morgen" jubelte: "Europa kommt nicht an eingefrorene russische Gelder."

Anerkennung in beiden Landesteilen ist im zerklüfteten Belgien selten. Seine Bedenken gegen den Merz-Plan hatte er früh offengelegt. Und auch ihm war an einer europäischen Lösung für die Ukraine gelegen. Proeuropäischer Widerstand – eine echte Seltenheit in Europa.

Kanzler Merz hatte vorgeschlagen, die eingefrorenen russischen Staatsgelder in Europa als Kredit an die Ukraine weiterzureichen. Sie sollten später mit russischen Reparationsleistungen an Kiew verrechnet werden. Rund 185 Milliarden Euro der eingefrorenen Gelder werden vom belgischen Finanzdienstleister Euroclear verwaltet. Russlands Staatschef Wladimir Putin drohte mit Vergeltung und Schadenersatzforderungen. De Wever fordert europäische Garantien. Er zeigte sich auf dem Gipfel kompromissbereit. Andere wie Italien und Frankreich blockierten. Sie fürchten die finanziellen Risiken einer Bürgschaft für Belgien. So glänzte De Wever. Vom "heimlichen Sieger Belgien" sprach auch die Londoner "Times".

Giorgia Meloni: Geben und Nehmen

Giorgia Meloni ist ein Phänomen. Die rechtsgerichtete Politikerin war 2022 auch durch einen Anti-Europa-Wahlkampf ins Amt gekommen. Kaum im Amt, zeigte sie sich aber sehr flexibel. Meloni reiste mit EU-Kommissionschefin von der Leyen nach Nordafrika, um über Migrationsdeals zu beraten, und billigte auch die Unterstützung der Ukraine durch EU-Gelder.

Ein Argument mag bei der proeuropäischen Orientierung geholfen haben: Italien – von der Pandemie stark getroffen – erhielt aus dem Corona-Aufbaufonds der EU fast zweihundert Milliarden Euro. Das milderte die Kritik an Europa erheblich. Vor dem EU-Gipfel in Brüssel änderte Meloni ihre Strategie und ging auf Konfrontationskurs. "Giorgia Melonis europäischer Durchbruch hat seinen Preis", titelte die "Financial Times".

Und den bestimmte in diesem Fall Meloni: Die italienische Ministerpräsidentin ging zunächst auf Distanz zum geplanten Mercosur-Handelsabkommen der EU mit wichtigen Staaten in Südamerika. Offiziell ging es um Bedenken der italienischen Bauern. Inoffiziell brachte sich Meloni strategisch in Stellung. Im neuen Jahr wird in Brüssel über den mehrjährigen Finanzplan für die Jahre bis 2035 verhandelt. Die für Italien wichtigen Posten Agrar- und Regionalförderung werden neu verhandelt. So reklamierte Meloni erst einmal Widerstand. Für ihre Zugeständnisse in Handelsfragen erwartete sie ein finanzielles Entgegenkommen. Klassisches Geben und Nehmen. Klassisches politisches Spiel in Brüssel.

Bei der Frage der Gelder für die Ukraine wollte Meloni vor allem finanzielle Risiken für ihr Land abwenden. Italien ist hoch verschul-

det. Die Übernahme möglicher Bürgschaften für Belgien könnten das Kredit-Rating an den Finanzmärkten beeinflussen. So setzte Meloni auf einen EU-Kredit.
Kleiner Vorteil: Nach dem Corona-Fonds geht es ein weiteres Mal um europäische Gemeinschaftsschulden – seit Langem ein Anliegen für die Staaten im Süden Europas.

Emmanuel Macron: Ohne eigene Mehrheit

Frankreichs Präsident hatte seine Probleme schon früh signalisiert. Schon bei den Beratungen zum Ukraine-Gipfel im Berliner Kanzleramt nahm Emmanuel Macron den deutschen Regierungschef zur Seite.
Im Kern war Macron für den Merz-Plan mit den russischen Staatsgeldern. Doch fehlt Macron eine eigene Mehrheit in der Pariser Nationalversammlung. So war unklar, ob die französischen Abgeordneten die Übernahme einer Bürgschaft für Belgien billigen.
Am Freitag kam eine weitere bittere Nachricht hinzu: Auf 117,4 Prozent der jährlichen Wirtschaftskraft stieg Frankreichs Staatsverschuldung. "Nicht nur außerordentliche Ausgaben oder Investitionsausgaben werden durch Schulden finanziert, sondern auch der laufende Betrieb des Staates und Transferausgaben im Zusammenhang mit Umverteilung oder Sozialversicherung", warnte der Ökonom Guillaume Hannezo in der Zeitung "Le Monde".
So ist Macron nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich blockiert. Mit Plan B in Brüssel, einem Kredit über 90 Milliarden Euro durch die EU-Kommission, der an die Ukraine weiterfließt, kann auch Macron gut leben: Gemeinsame europäische Schulden stehen schon in Paris schon lange auf der Agenda.

Andrej Babiš: Noch ein Wackelkandidat

Die Regierung von Rechtspopulist Andrej Babis in Tschechien ist erst seit Wochenbeginn komplett. Doch machte der neue Prager Premier gleich bei dem ersten EU-Gipfel seiner zweiten Amtszeit klar, in welches Lager in Brüssel sich Tschechien künftig einsortiert. Gemeinsam mit Ungarn und der Slowakei ließ sich Babis zusichern, für mögliche finanzielle Risiken des EU-Kredits an die Ukraine nicht eintreten zu müssen.
Die Zahl der Staaten, die im Krieg des russischen Staatschefs Wladimir Putin gegen die Ukraine mit Moskau sympathisieren, wächst. Schon sinniert das Umfeld des amerikanischen Präsidenten

Donald Trump im Nachklang der neuen US-Sicherheitsstrategie laut Medienberichten darüber, welche Länder sich aus der EU herauslösen ließen. Neben Ungarn, der Slowakei und Tschechien steht auch Österreich auf der Liste.

Bilanz

Interne Verwerfungslinien sind nicht neu in Europa. So gehen von diesem Gipfel zwei Signale aus. Nach außen demonstriert der Kompromiss im Milliardenkredit für die Ukraine zumindest die Handlungsfähigkeit. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sprach in sozialen Medien von einer "breiten Unterstützung".

Die EU wahrt nach außen ein Mindestmaß an Entschlossenheit. Nach innen aber fächert sich der Block weiter auf. Fortsetzung folgt: spätestens bei den Beratungen über den EU-Haushalt im neuen Jahr in Brüssel.